

Der sächsische Erzähler,

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.



Tageblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke Pulsnitz, Neustadt, Schirgiswalde etc.

Sechshundsechzigster Jahrgang.
Telegr.-Adr.: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Erhält jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 S., bei Postzahlung ins Haus 1. 70 S., bei allen Postanstalten 1. 50 S. einzelne Bestellgeb. Einzelne Nummern kosten 10 S.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmannstr. 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6567. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigen, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, gedruckte und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 S., die Reklamazeile 30 S. Geringster Inseratenbetrag 40 S. Für Rücklieferung ungeliefert angelegter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Auf Blatt 230 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Moritz Stiebig in Oberneukirch betr., ist heute eingetragen worden, daß der bisherige Inhaber der Firma ausgeschieden und der Kaufmann Martin Bruno Stiebig in Oberneukirch Inhaber ist.
Bischofswerda, am 19. September 1911.

Königliches Amtsgericht.

Das Neueste vom Tage.

Das Auswärtige Amt teilte den Leitern der Berliner Großbanken mit, daß die Marokkofrage in wenigen Tagen im günstigen Sinne erledigt sein werde.

In Spanien herrschte am Mittwoch überall Ruhe. Die Regierung ist zum strengsten Vorgehen entschlossen, und hat die Truppen angewiesen, von der Waffe unmissverständlich Gebrauch zu machen. (Siehe Sonderbericht.)

In Irland macht sich infolge des Eisenbahnerausstandes bereits ein Mangel an Lebensmitteln fühlbar. Die Gesellschaften wollen die Forderungen der Bediensteten nicht annehmen. (Siehe letzte Depeschen.)

Bei der Ausfahrt von Southampton wurde der englische Riesenbrenner „Olympic“ von dem Kreuzer „Hawke“ gerammt und erhielt gefährliche Lecks. Seine dreitausend Passagiere wurden aus Land gesetzt.

Lebensmittelpreise im Ausland und bei uns.

Unter der Lebensmittelteuerung leidet ganz Europa. Das deutsche Reich gehört noch zu den Ländern, die verhältnismäßig glimpflich fortgekommen sind. In Frankreich und Österreich-Ungarn ist die Notlage erheblich größer. Gelegentlich der Teuerungskrawalle in Nordfrankreich und Belgien hat man Vergleiche angestellt mit den dort und bei uns im Reich herrschenden Lebensmittelpreisen. In Frankreich wurden vielfach noch einmal so hohe Preise gezahlt als bei uns. Und ähnlich steht es in Österreich. Das Pfund Rindfleisch, das noch vor zehn Jahren in Wien eine Mark kostete, muß dort jetzt mit zwei Mark bezahlt werden, und auch Zucker, Kaffee und Kartoffeln stehen an keinem deutschen Markttorte so hoch im Preise wie in Wien. Das Pfund Schweinefleisch kostet in der österreichischen Hauptstadt 1,40 Mark, Kalbfleisch 1,70 M., Rindfleisch 2,15 M. und Gänsefleisch 0,90 M. Das sind Teuerungspreise, wie wir sie bei uns glücklicherweise noch nicht zu verzeichnen haben. Welchen Zweck hätte da die von vielen Seiten als durchgreifend empfohlene Maßnahme der Grenzöffnung! Draußen sind die Preise ja höher als im eigenen Lande. Wir werden schon deshalb nach anderen Märkten Ausschau halten müssen und wünschen allerdings, daß das rechtzeitig und mit dem Willen, wirklich etwas Durchgreifendes zu schaffen, geschehen möge. Die von den maßgebenden Behörden des Reichs und der Bundesstaaten verfügte Serabsehung von Eisenbahntarifen wird zur Vinderung der Notlage beitragen; und weitere Maßnahmen werden nicht ausbleiben, wenn sie sich als notwendig er-

weisen sollten. Teuerungsdemonstrationen haben bekanntlich auch wir zu erwarten; daß sie den revolutionären Kundgebungen in Frankreich und Wien nicht gleichen werden, dürfen wir wohl voraussehen.

Mittel gegen die Futternot.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Zu den Maßregeln gegen den Futter- und Kartoffelmangel gehört, wie gemeldet wird, auch die Erleichterung der Verarbeitung des Getreides, also auch Mais in landwirtschaftlichen Brennereien. Hierüber ist jetzt unter sämtlichen Bundesregierungen ein Einverständnis erzielt worden. Es darf daher für Anfang Oktober mit einem Beschlusse des Bundesrats folgenden Inhalts gerechnet werden: Auf Antrag kann widerruflich gestattet werden: Erstens, daß die nach dem 1. September 1902 betriebsfähig hergerichteten landwirtschaftlichen Brennereien vom 1. Oktober 1911 bis einschließlich 15. Juni 1912 auch Rohstoffe der in § 10 Abs. 2 Satz 1 des Branntweinsteuergesetzes bezeichneten Art, welche nicht von Eigentümern oder Besitzern von Brennereien selbst gewonnen sind, verarbeiten, ohne die Eigenschaft als landwirtschaftliche Brennerei einzubüßen. — Zweitens, daß landwirtschaftliche Brennereien ohne Geseherzeugung vom 1. Oktober 1911 bis einschließlich 15. Juni 1912 ausnahmsweise Getreide an Stelle der von ihnen sonst verwendeten Rohstoffe verarbeiten, ohne deshalb den in § 33 Nr. 2 und § 39 des Branntweinsteuergesetzes für den Fall des Überganges zur Getreideverarbeitung vorgesehenen Nachteil zu erleiden. — Die Maßnahme soll dazu beitragen, daß mehr Schlempe hergestellt und so ein besonders geeignetes Viehfutter gewonnen werde. Dies hat außerdem zur Folge, daß ein Teil der Kartoffelernte, der sonst in den Brennereien verarbeitet wird, für Speisewecke frei wird.

Die Lebensmittelteuerung und die Kleinhändler.

Gegen die Vorwürfe unberechtigter Lebensmittelteuerung verwahrt sich in einer Veröffentlichung die Einkaufszentrale der Berliner Kolonialwarenhandlung (G. m. b. H.). Die Kleinhändler werden für schuldlos an dieser Teuerung erklärt. Die Preissteigerungen seien infolge der Mizernten in diesem Jahre so gewaltig, daß der Kleinhändler es gar nicht wagen könne, seine Preise in gleichem Maße zu erhöhen. Wenn es irgend angehe, trage er lieber den Verlust. Es sei ihm aber nicht zu verdenken, wenn er z. B. vorjährige Konserven — die ja viel besser seien, als die diesjährige Ernte — im Preise etwas erhöhe, zumal das Angebot in diesem Artikel geringer sei, als die Nachfrage. Kleineren Preisschwankungen könne der Kleinhändler überhaupt nicht folgen. Sei z. B. der Einkaufspreis für Zucker 23 S., so werde er ihn mit 25 S. verkaufen, er könne ihn aber selbst dann nicht teurer verkaufen, wenn der Einkaufspreis auf 23½, 24, ja selbst 24½ S.

steige. So sei es bei vielen Artikeln. Der Kleinhändler trage aber nach Möglichkeit lieber den Verlust, weil jede Preiserhöhung immer auch einen Rückgang des Umsatzes bedeute. Die Berliner Kleinhändler ständen also, so wird versichert, einer Spekulationsucht und Preistreiberi gänzlich fern, und wenn sie ihre Preise erhöhen müßten, so sei es einfach zwingende Notwendigkeit. — Auch ein Charlottenburger Verein von Kaufleuten der Kolonialwarenbranche spricht ähnliche Versicherungen aus. Man solle nur einmal z. B. die Börsenpreise für Butter und Zucker mit den Kleinhändlerpreisen vergleichen. In einer so schwierigen Lage wie in diesem Jahre hätten sich die Lebensmittelgeschäfte seit Jahrzehnten nicht befunden. Es sei aber unumstößliche Tatsache, daß einer Steigerung der Preise stets wieder ein Fallen folgen müsse. Dafür Sorge ja schon die Konkurrenz. Der Verein meint schließlich, der einzige Lichtblick sei der, daß auch die jetzigen Schwierigkeiten nur vorübergehend sein könnten. — Leider pflegt aber das Fallen der Preise weder so schnell noch so regelmäßig zu erfolgen wie das Steigen, so daß in der Regel das Gesamtergebnis der Preisschwankungen dennoch eine ständige Verteuerung der Bedarfsmittel ist.

Milchsperrung in München.

München, 21. September. (Telegr. Meldung.) Eine Versammlung von Milchproduzierenden Bauern in Holzkirchen beschloß, wegen Preisdifferenzen mit den Milchhändlern über München die Milchsperrung zu verhängen. Die Holzkirchner Bauern liefern neun Zehntel des Münchener Milchbedarfs.

Die Fleischnot in Österreich.

Budapest, 21. September. (Telegr. Meldung.) Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary erklärte einer Abordnung von Vertretern der Fleischindustrie, welche eine Denkschrift zur Behebung der Fleischnot überreichten, das Interesse der Landwirtschaft fordere nicht, daß der Fleischnot nicht abgeholfen werde. Die Regierung werde sich nicht auf das formelle Recht eines Paragraphen stützen, wenn das Volk hungere. Da der Fleischimport aus dem Ausland nur gegen gewisse Konzessionen gewährt werden könne, wolle er sich nicht positiv äußern, doch könne er versichern, daß alles, was zur Beseitigung der Fleischnot geschehen könne, von der Regierung sobald wie möglich durchgeführt werde. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Prag, 21. September. (Telegr. Meldung.)

In der gestrigen Sitzung des böhmischen Landtages brachten die Tschechen einen Antrag auf Einsetzung einer Notstandskommission ein. Die deutschen politischen Kreise erblickten darin eine neue große Schwierigkeit, da durch die Notstandskommission der Zweck der deutschen Obstruktion vernichtet werden würde.